

LSBTI*-Rechte sind Menschenrechte!

„Auch Deutschland hat längst nicht all seine Hausaufgaben gemacht“

Wie unterstützen wir LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen, wie stärken wir die Menschenrechte? Welche Strategien gibt es, welche Allianzen nutzen wir?*

Zu diesen Fragen diskutierten am 3. Dezember 2020 im Rahmen einer Online-Konferenz der Hirschfeld-Eddy-Stiftung **Iris Dill** von der Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), **Gyde Jensen**, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, **Elke Schäfer**, Leiterin der im Institut für Auslandsbeziehungen angesiedelten Elisabeth-Selbert-Initiative (ESI), und **Michael Roth**, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt. Moderiert wurde das spannende Podium, das über 70 Personen verfolgten, von **Axel Hochrein**, Vorstand der Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

Menschenrechtsbasierter Ansatz

LSBTI-Arbeit in Uganda sei keine leichte Aufgabe, da die Gesellschaft sehr homophob und transfeindlich ist, so Iris Dill. „In Wahlkampfzeiten versucht die Politik, mit minderheitenfeindlichen Parolen Mehrheiten zu mobilisieren. Doch es gibt Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft, denn auch Uganda hat Menschenrechtsverträge unterzeichnet und ratifiziert.“ So verfolge die GIZ in dem ostafrikanischen Land einen menschenrechtsbasierten Ansatz und gehe von dem Prinzip aus, dass es Pflichtenträger und Rechteinhaber gibt. Die einen, etwa das Menschenrechtsinstitut und die Polizei hätten ein Mandat zu erfüllen, nämlich die Menschenrechte zu schützen. Die anderen müssten immer wieder ihre Rechte einfordern. Man kläre deshalb die Polizei über LSBTI, deren Rechte und die Unteilbarkeit der Menschenrechte auf. Andererseits arbeite man mit LSBTI-Organisationen zusammen, um Individuen zu ermächtigen, ihre Rechte einzufordern und das Thema auf die internationale Ebene zu bringen. Diese zweigleisige Bewusstseinsbildung zeige Erfolge, so Iris Dill.

Mehr Förderung

Staatsminister Michael Roth weist zunächst auf die Handlungsmöglichkeiten der EU hin, wenn wie in Polen oder Ungarn LSBTI-Rechte massiv verletzt werden. Die EU sei als Rechtsgemeinschaft gemeinsam mit gemeinsamen Werten aufgebaut worden. Wer sich nicht an diese Werte halte, müsse mit Sanktionen rechnen. LSBTI-freie Zonen und Ausgrenzung von Trans*-Personen oder Regenbogenfamilien seien nicht hinnehmbar. Diskussionen wie die in Polen oder Ungarn habe man lange Zeit nicht für möglich gehalten. Jetzt zeige sich, wohin es führe, wenn der Staat Minderheiten nicht schützt.

Hier müsse in erster Linie die EU Position beziehen; schließlich gehe es um ihr Selbstverständnis. Zudem sei es wichtig, die Zivilgesellschaft zu unterstützen; manchmal laut und in aller Öffentlichkeit, und manchmal hinter den Kulissen. Auch mehr Förderung von LSBTI-Projekten sei nötig, die Bundesregierung habe mehr Mittel dafür zur Verfügung gestellt, und hier komme der Arbeit von Organisationen wie die Hirschfeld-Eddy-Stiftung eine große Bedeutung zu.

LSBTI-Inklusionskonzept

Es gebe zwar Erfolge wie etwa die neue LSBTI-Strategie der EU, die die Kommissarin Elena Dalli gerade vorgestellt hat. Und in Deutschland hätten sich Auswärtiges Amt und BMZ nach Jahren der Arbeit und des Austausches mit der Zivilgesellschaft nunmehr auf ein LSBTI-Inklusionskonzept für die Auswärtige Politik und Entwicklungszusammenarbeit geeinigt. „Wir stehen kurz vor dem Ziel. Jetzt werden noch letzte Vorschläge der Zivilgesellschaft eingearbeitet. Und dann wird das LSBTI-Inklusionskonzept Anfang des Jahres im Kabinett verabschiedet“, so Michael Roth.

Best practice

Gyde Jensen weist auf die Möglichkeiten der Parlamentes zur Unterstützung von LSBTI in aller Welt hin und betont die Systematik der Länderberichterstattung, in die immer auch die Lage von LSBTI im jeweiligen Land aufgenommen werde. Des Weiteren gebe es Schwerpunktberichte zu bestimmten Themen und minderheitenfeindlichen Gesetzgebungen in aller Welt. Sie weist zudem auf Initiativen wie „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ oder die Elisabeth-Selbert-Initiative hin, die Aktivist*innen schütze und unterstütze. In zahlreichen Ländern gebe es Gesetze, die LSBTI das Leben schwer machen. Darüber müsse man in aller Öffentlichkeit reden. Durch Bildung müsse man gegensteuern, nicht nur bei der Diplomat*innenausbildung. Schon in der Schule müsse man damit beginnen, über LSBTI-Themen aufzuklären. Auch Deutschland habe noch längst nicht all seine Hausaufgaben gemacht.

Elisabeth-Selbert-Initiative

Elke Schäfer erläutert das Schutzprogramm für Aktivist*innen, die aufgrund ihres Engagement nicht im Heimatland bleiben können. LSBTI-Arbeit erfordere in vielen Ländern großen Mut. „wir wollen in Zusammenarbeit mit hiesigen Gastorganisationen entsprechende Schutzräume schaffen, wo verfolgte Aktivist*innen sich erholen und Erlittenes aufarbeiten können“, so Schäfer. Wichtig sei, dass sie nach einem zeitlich befristeten Aufenthalt ihre Menschenrechtsarbeit fortsetzen können. „Die Elisabeth-Selbert-Initiative ist ein wichtiges politisches Signal, eine klare Absage an Angreifer*innen, Verfolgerstaaten und all diejenigen, die die Menschenrechte verletzen.“

Multilaterale Netzwerke

Michael Roth hofft auf ein langfristiges Engagement Deutschlands für LSBTI-Rechte auf internationaler Ebene. Er nennt das LSBTI-Netzwerk des Europarates, die UN Core Group oder die Equal Rights Coalition. Dieser Einsatz müsse unabhängig von der sexuellen Orientierung der jeweiligen Politiker*innen erfolgen. Man brauche die Straight Allies. Zudem müsse ein für alle Mal ein fundamentales Missverständnis ausgeräumt werden: Bei LSBTI-Rechten gehe es nicht um neue Rechte oder gar Privilegien für eine bestimmte Gruppe, sondern um Menschenrechte.

Für Gyde Jensen sind die Kooperationen zwischen den nationalen Parlamenten und deren Ausschüssen noch ausbaufähig. Es sei eine große Kunst, all die vielen Initiativen zu kennen und zu bündeln. Sie weist auf ein von den Niederlanden gefördertes Projekt in Costa Rica hin, wo Schutzräume für mittelamerikanische Aktivist*innen geschaffen wurden. Das Rad müsse nicht immer neu erfunden werden.

Stärkung der LSBTI-Community

Elke Schäfer berichtet, dass in Ländern wie Sierra Leone eine wichtige Strategie zur Stärkung der LSBTI-Community die Projektförderung im Gesundheitsbereich oder der Nichtdiskriminierung sei. LSBTI-Themen blieben hier ungenannt. Der Schritt in die Öffentlichkeit sei oft gefährlich und schwierig, zumal es an prominenten Vorbildern fehle, die dazu beitragen könnten, Tabus aufzubrechen.

Für Iris Dill gibt es kein Patentrezept für erfolgreiche LSBTI-Arbeit, das von einem Land auf das andere übertragen werden könnte. Doch der rechtebasierte Ansatz wie ihn die GIZ in Uganda verfolgt, habe sich bewährt. Man müsse in den Diskussionen weg kommen von der emotionalen Ebene. „Es geht um grundlegende Menschenrechte wie gesundheitliche Versorgung, Bildung, körperliche Unversehrtheit. Wir appellieren beim Thema sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identitäten an die Menschenrechtskonventionen. Da spielt es keine Rolle, wer mit wem ins Bett geht.“ Zudem erläutert sie, dass die ugandische Menschenrechtskommission Kooperationspartnerin im Polizeiprojekt der GIZ ist. Sie habe ein klares Mandat, Menschenrechtsbildung zu leisten und aufzuklären. Man hoffe, dass sie in der Zukunft diese Arbeit eigenständig leiste, auch wenn es dort noch immer Menschen gebe, die Vorbehalte gegen LSBTI-Themen haben. Zudem sensibilisiere die GIZ Journalist*innen, führe Workshops zum Themenfeld durch. All dies zeige langfristig wohl Wirkung.

Bericht: **Klaus Jetz**, Hirschfeld-Eddy-Stiftung